

Konzeptpapier

Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

I. Zweck des Papieres

Entwicklung eines auf Dauer angelegten Programms zur Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

II. Hintergrund

a. Mit dem **bisherigen Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“**, bestehend aus den Teilprogrammen

- „Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“,
- „Civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ und
- „Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“,

fördert und unterstützt die Bundesregierung seit 2001 bis 2006 demokratisches Verhalten, ziviles Engagement, Toleranz und Weltoffenheit insbesondere Jugendlicher. Seit Programmbeginn im Jahr 2001 konnten über 4.000 Projekte, Initiativen und Maßnahmen mit über 163 Mio. € gefördert werden. Bis zum Jahr 2006 werden – nach derzeitigem Planungsstand - rund 192 Mio. € an Fördergeldern seitens des Bundes zur Verfügung gestellt.

b. **Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitungen des Aktionsprogramms dokumentieren:**

- dass die Programmziele vor Ort erreicht werden;
- welche Projekttypen und Maßnahmearten erfolgreich sind
- dass unveränderter Handlungsbedarf besteht,
- die Aufgabe - Stärkung der Zivilgesellschaft - mit der Beendigung des aktuellen Programms in 2006 fortbesteht.

c. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind in Deutschland nach wie vor ernst zu nehmende Probleme. Dies belegen die **Verfassungsschutzberichte**, die **Wahlergebnisse** rechtsextremer Parteien sowie **neuere Studien** und Berichte aus der **pä-**

pädagogischen Praxis. Es zeigt sich, dass vor allem im Bereich der **öffentlichkeitswirksamen Gewalttaten junge Menschen als Täter** in Erscheinung treten. Einstellungsuntersuchungen zeigen hingegen, dass besonders bei Erwachsenen, vor allem Älteren, entsprechende Orientierungen ausgeprägt sind

Hierzu kann angenommen werden, dass

- Integrationsdefizite,
- daraus folgende individuelle Problemlagen (kultureller Identitätsverlust und Erfahrungen gesellschaftlicher Marginalisierung, wirtschaftliche Erfolglosigkeit etc.)
- und resultierende diffuse Frustrations- und Aggressionsgefühle

einen Nährboden für die Aufnahmebereitschaft für krude Wirklichkeitsdeutungen, Feindbilder und verschwörungstheoretisch gefärbte Bedrohungsszenarien bildet, die auch zu einer militanten Politisierung und Kanalisierung des vorhandenen Aggressionspotenzials führen kann.

- d. Neben der daraus abzuleitenden Schlussfolgerung, dass es weiterhin sinnvoll und erforderlich ist, einen Schwerpunkt auf die pädagogische und soziale Arbeit mit jungen Menschen zu setzen, besteht der **Bedarf an Konzepten**, wie den verdeckten fremdenfeindlichen und antisemitischen Ressentiments Erwachsener wirksam begegnet werden kann. Es liegt in der **Verantwortung und im Interesse des Bundes** in Umsetzung seiner Anregungsfunktion neue programmatische Akzente auf der Basis der hierzu im Koalitionsvertrag getroffenen Aussagen zu setzen.
- e. Die **Koalitionsvereinbarung** setzt auf Fortsetzung und Verstärkung des Einsatzes der Jugendpolitik für Demokratie und Toleranz.

Ziel ist:

- Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln
- Achtung der Menschenwürde zu fördern,
- jede Form von Extremismus zu bekämpfen.

Im Rahmen eines **ganzheitlichen Integrationskonzeptes** sollen auch religiöse Unterschiede Eingang finden. Der Dialog mit Glaubensgemeinschaften soll auf solider Grundlage intensiviert werden. Einer Rekrutierung durch radikale Gruppen soll vorgebeugt werden.

III. Neues Programm

1. Zielsetzung

Bei der Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie liegt eine besondere **Aufgabe des Bundes**

- in der **Darstellung gelingender Praxis**,
- in der **befristeten Förderung** besonders **innovativer Projekte**
- und darin, die gesellschaftliche **Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements** zu unterstreichen.

In dem neuen Programm des Bundes,

- das vorrangig im **präventiv-pädagogischen** Bereich angesiedelt sein soll,
- der **Bewusstseinsbildung** dient
- und auf **langfristige Wirkungseffekte** ausgerichtet ist,

sollen daher in Anknüpfung an die bisherigen Umsetzungserfahrungen mit dem Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“:

- **Lokale Aktionspläne** in kommunaler Verantwortung gefördert
- herausgehobene **modellhafte Maßnahmen** unterstützt
- sowie auf Bundesebene zusätzlich **Orte zentraler gesellschaftlicher Kommunikation** über Vielfalt und Toleranz geschaffen werden.

Mit der Akzentuierung und Verknüpfung der Begriffe

- **Vielfalt,**
- **Respekt,**
- **Demokratie,**
- **Toleranz**
- mit der Hauptzielgruppe „**Junge Menschen**“

sind **Schwerpunkte** eines neuen und auf Dauer angelegten Programms umrissen.

Eine enge Abstimmung des neuen Programms mit Maßnahmen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Förderung von Toleranz im Arbeitsmarktbereich sowie mit Programmen der Länder zur Stärkung von Toleranz und Demokratie ist beabsichtigt.

2. Programmname (ab 2007) unter Zugrundelegung des Koalitionsvertrages:

„Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

Erläuterung:

- Mit der Botschaft „Für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ werden **positiv besetzte Inhalte** transportiert. Sie wirkt dadurch konstruktiv und optimistisch und spricht breite Zielgruppen an.
- Die **Prävention setzt an** den Wurzeln von Radikalisierungsprozessen an. Dem muss ein „zuvor kommender“ Ansatz mit einer „Breitenwirkungen“ ungeachtet konkreter individueller Devianzdispositionen und Risikograde, gewissermaßen eine „Grundlagen– bzw. Basisprävention“ zugrunde liegen, um damit extremen Gruppierungen keinen Gestaltungsraum zu bieten, bzw. denselben zu nehmen.

3. Schwerpunkte bei der Programmumsetzung; Zielgruppen

Ausgehend von den Zielsetzungen des Programms werden im Folgenden die Schwerpunkte bei der Programmumsetzung und die relevante Zielgruppen beschrieben.

Schwerpunkte bei der Programmumsetzung:

Die Umsetzung der Programmziele erfolgt anhand von Schwerpunkten, die übergreifend Aufgabenbereiche beschreiben. Diese werden im Handlungskonzept in den einzelnen Säulen aufgegriffen und konkretisiert.

- a. **Soziale Integration:** Die unzureichende Ausbildungs- und Qualifizierungssituation sowie die Reduzierung von Angeboten der kommunalen Jugend- und Sozialarbeit führen gerade in strukturschwachen Regionen dazu, dass es Jugendlichen an Möglichkeiten der sozialen In-

tegration mangelt. Extremisten und ihre Vorfeldorganisationen gelingt es zunehmend, Jugendliche auf dieser Ebene anzusprechen. Vor diesem Hintergrund bedarf es der verstärkten Förderung demokratischer Strukturen und Angebote, die geeignet sind, Erfahrungen von Teilhabe und Beteiligung zu vermitteln.

- b. **Interkulturelles Lernen/Antirassistische Bildung:** Immer wieder zeigt sich, dass Fremdenfeindlichkeit sowie ein Mangel an interkultureller Kompetenz durch fehlende Erfahrungen und Kontakte zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft und durch die ungenügende Reflexion eigener Voraussetzungen und Vorannahmen befördert wird. Es ist daher wichtig, Angebote interkulturellen und antirassistischen Lernens zu entwickeln und zu fördern, die entsprechende Erfahrungen/Kontakte „auf gleicher Augenhöhe“ ermöglichen sowie helfen sie zu reflektieren und einzuordnen.
- c. **Interreligiöses Lernen:** Die zunehmend multiethnische Zusammensetzung der deutschen Gesellschaft ist durch eine große Anzahl von Personen, die verschiedene nicht-christliche und unterschiedlich stark ausgeprägte religiöse Bindungen aufweisen, geprägt. Gleichzeitig bestehen unter der einheimischen Bevölkerung teilweise Wissensdefizite in Bezug auf die unter Migrantengruppen vertretenen Religionen. Interreligiöses Lernen bzw. die Integration interreligiöser Aspekte in interkulturelles Lernen soll den Aufbau eines entsprechend differenzierten Wissens und den Abbau von Vorurteilen bzw. Feindbildern von jungen Menschen mit unterschiedlichem religiösem oder weltanschaulichem Hintergrund befördern. Nicht zuletzt in Bezug auf die Prävention von Extremismus und Islamismus erweist sich interreligiöses Lernen als eine wichtige Voraussetzung.
- d. **Kulturelle und geschichtliche Identität:** Nach wie vor gehören Verweise auf historische „Tatbestände“ zum Kernbestand extremer Ideologien und fremdenfeindlicher Argumentationen. Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, angemessene Angebote zu entwickeln und umzusetzen.
- e. **Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen:** Eine Verstärkung der Einbeziehung rechtsextremistisch gefährdeter Jugendlicher in die präventive Arbeit erscheint vor dem Hintergrund der zunehmenden Erfolge rechtsextremer Organisationen bei der Ansprache von Jugendlichen dringend geboten.
- f. **Demokratie- und Toleranzerziehung:** In einer durch Vielfalt und Migration geprägten Gesellschaft stellt sich die grundlegende Frage, wie das Miteinanderleben gestaltet werden soll. Demokratieerziehung bietet die Gelegenheit, sich mit einem Demokratieverständnis auseinanderzusetzen, das Demokratie nicht nur als politische Herrschafts-, sondern auch als Lebens- und Gesellschaftsform begreift. Dabei stellt sie kritische Fragen nach dem Umgang mit Minderheiten und vermittelt jungen Menschen – gleich welcher Herkunft – die gemeinsamen Grundwerte dieser Gesellschaft. Das Wissen über die allen Menschen gleichberechtigt zustehenden Grundfreiheiten und Rechte sowie die Bereitschaft, diese anzuerkennen und zu verteidigen, stellen dabei wesentliche Voraussetzungen dar, um in der Gesellschaft Verantwortung für sich selbst und andere übernehmen zu können.
- g. **Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft:** Eine lebendige und demokratische Bürgergesellschaft wird in erster Linie durch die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geschaffen, die in ihr leben. Gerade in strukturschwachen Regionen ist zu beobachten, dass gesellschaftliche Gestaltungs- und Beteiligungsspielräume zunehmend von rechtsextremen Organisationen und Parteien besetzt werden. Besonders in den neuen Bundesländern fehlt vielerorts eine demokratische, zivilgesellschaftliche Infrastruktur, die in der Lage ist, situations- und bedarfsorientierte Formen von Beteiligungskultur zu erproben, um Integrationseffekte zu verbessern. Es bedarf daher wirksamer Modelle und Methoden, die besonders auch jene Bürgerinnen und Bürger in gesellschaftliche Entwicklungsprozesse einbinden, die über bisherige Beteiligungsangebote nicht erreichbar waren.
- h. **Forschungsbedarf:** Forschungsbedarf besteht vor allem:
 - zu Prozessen und längerfristigen Verläufen des sozialen Ausschlusses und der Reintegration rechtsextremer bzw. rechtsextrem gefährdeter junger Menschen.

- zu der Frage, welche Bedeutung dabei geschlechtsspezifisch unterschiedlich ausgeprägte Rollenbilder bzw. Orientierungs-, Identitäts- und Handlungsmuster haben.
- zu der Entstehung und Entwicklung extremistischer Einstellungen bei Kindern sowie Entwicklung von möglichen Konzepten einer im Kindesalter bereits ansetzenden Prävention.

Entsprechende Erkenntnisse wären wichtig, um Ansätze der Prävention oder Intervention gezielter entwickeln und umsetzen zu können.

Zielgruppen

- a. **Jugendliche in strukturschwachen Regionen und Kommunen:** Diese Jugendlichen verfügen häufig nicht über ausreichende Angebote zur sozialen Integration in demokratische Strukturen. Gerade hier setzen verstärkt rechtsextreme Organisationen durch jugendspezifische Angebote an.
- b. **Männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit:** Diese Jugendlichen fallen öffentlich am stärksten auf (z.B. durch Gewaltbereitschaft) und sind durch Präventionsangebote bisher nur schwer zu erreichen.
- c. **Kinder und jüngere Jugendliche:** Es fehlt bis heute an einer systematischen Zuspitzung vorliegender Ansätze Sozialen Lernens – z.B. in Kindergarten und Grundschule – in Hinblick auf die altersgemäße Prävention von Rechtsextremismus / Fremdenfeindlichkeit / Antisemitismus.
- d. **Migrant/innen:** Es ist notwendig, hier lebende Menschen mit Migrationshintergrund auch im Rahmen der pädagogischen Präventions- und Bildungsarbeit zu erreichen.
- e. **Eltern, Erzieher/innen, Lehrer/innen, Sozialpädagogen:** Die Erreichung der Zielgruppe der unmittelbar mit der Erziehung der Kinder und Jugendlichen Befassten ist aus den Erfahrungen der Umsetzung des bisherigen Aktionsprogramms wichtig.
- f. **Multiplikator/innen:** Die Einbeziehung von Multiplikator/innen in das Programm ist ein übergreifender Ansatz, da für die erfolgreiche Arbeit mit den unter a) – e) genannten Zielgruppen auch unter modellhaften Gesichtspunkten (Bundeskompetenz!) die Qualifizierung von Menschen aus verschiedenen Altersgruppen und verschiedenen beruflichen Hintergründen unabdingbar ist.
- g. **lokale einflussreiche und deutungsmächtige Akteursgruppen:** Rechtsextremismus ist kein „Jugendproblem“, sondern als Problem der politischen Kultur in allen Bevölkerungsgruppen vorzufinden. Von daher gilt es, die Zielgruppe der lokalen „Meinungsträger“ aus den Kirchen, Vereinen, politischen Parteien, kulturellen Einrichtungen, Verwaltungen und lokalen Wirtschaftsunternehmen verstärkt anzusprechen und für die Themen des Bundesprogramms zu aktivieren.

4. Handlungskonzept

Allgemeine Hinweise

- Der Bund kann im Rahmen seiner **Anregungsfunktion** tätig werden, sofern Defizite festgestellt und/oder Anstöße zur Weiterentwicklung von Themenfeldern notwendig sind. Diese Anregungsfunktion gilt **zeitlich unbegrenzt**.
- Da der Bund jedoch **vor Ort keine originären Zuständigkeiten** reklamieren kann, muss die Unterstützung vor Ort wie bisher mit der **Modellhaftigkeit** begründet werden. Eine dauerhafte Finanzierung örtlicher Strukturen ist ausgeschlossen.
- Eine auf Dauer angelegte **infrastrukturelle Förderung** ist daher nicht vorgesehen, aller-

dings sollte eine Förderung im Einzelfall bis zu vier Jahren möglich sein.

- Ein neu konzipiertes Modellprogramm nur dann Erfolg haben kann, wenn es vor Ort durch entsprechende lokale Angebote unterstützt und ergänzt wird. **Wo die Jugendarbeit aus finanziellen Gründen eingestellt wird, kann auch ein Bundesmodellprogramm keinen Ersatz schaffen.**
- **Das Programm selbst soll auf Dauer eingerichtet** werden. Das Programm sollte jedoch regelmäßig inhaltlich und strukturell geprüft und weiterentwickelt werden, wozu eine permanente Evaluation einzurichten ist. Deshalb beschreibt das nachfolgende Konzept zunächst einen Handlungszeitraum von vier Jahren, wobei bereits nach drei Jahren eine Überprüfung und Diskussion zur Weiterentwicklung starten soll.

Drei-Säulen-Konzept

<p>Säule 1 Entwicklung integrierter lokaler Strategien</p>	<p>Säule 2 Modellprojekte: Jugend, Bildung und Beratung</p>	<p>Säule 3 Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation, Forschung</p>
<p>Die Entwicklung integrierter lokaler Strategien hat sich als ein Erfolg versprechender Ansatz zur Stärkung der Zivilgesellschaft erwiesen. Besonders das Instrument der „lokalen Aktionspläne“ hat sich bewährt.</p> <p>Die Gewinnung der lokalen kommunalen Politik für die Anliegen des Programms ist für die Akzeptanz eines Bundesprogramms vor Ort – und ganz speziell bei dieser Thematik - unabdingbar.</p> <p>Vorgeschlagen wird daher:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Für die Entwicklung von lokalen Aktionsplänen und deren jährliche Fortschreibung werden <ul style="list-style-type: none"> ○ an Kommunen/Landkreise/Zusammenschlüsse (Mindestgröße: 10.000 Einwohner/innen) ○ Mittel (max. 100.000 € pro Jahr) vergeben. • Die Kommunen/Landkreise/Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften erbringen dafür einen Eigenanteil in Form der Zurverfügungstellung von Personal und Sachmitteln. • Die Kommunen/Landkreise/Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften entwickeln die lokalen Aktionspläne und schreiben 	<p>Im Mittelpunkt stehen Modellprojekte,</p> <ul style="list-style-type: none"> • die sich besonderen methodischen Herausforderungen stellen, • auch überregional angelegt sein können, • jeweils gesondert evaluiert werden, • kofinanziert werden müssen durch Mittel von Kommunen, Ländern sowie sonstige Drittmittel oder ESF-Mittel. <p>Die Vergabe der Mittel erfolgt themenbezogen auf der Basis von Interessenbekundungsverfahren. Die Interessenbekundungen werden nach Vorprüfung durch die Regiestelle einem Expertengremium vorgelegt, das ein Ranking erstellt. Die Endentscheidung trifft das BMFSFJ.</p> <p>Für die Modellprojekte sind folgende Themencuster angedacht:</p> <p><u>1. Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Zeitgemäße Konzepte für die Bildungsarbeit zum Holocaust</i> <p>Mit wachsendem zeitlichem Abstand gibt es</p>	<p><u>Steuerung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Gesamtsteuerung soll über eine <u>Regiestelle</u> erfolgen. • Das Programm soll durch einen <u>Programmbeirat</u> mit beratender Funktion begleitet werden. <p><u>Kommunikation:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Auf Bundesebene werden <ul style="list-style-type: none"> ○ über Wettbewerbe, ○ Kommunikationsinitiativen, ○ Regionalkonferenzen ○ und Projektmesse <p>Orte zentraler gesellschaftlicher Kommunikation über Demokratie und Toleranz geschaffen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verantwortlich dafür ist die auszuwählende Regiestelle. <p><u>Bündnisse bundesweit/lokal:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ggf. weitere Bundesressorts, Kirchen und Zentralrat der Juden, Vertreter moslemischer Träger Wirtschaft und Gewerkschaften, Jugendverbände sowie Vertreter von Wissenschaft und Medien verabreden, als Partner den Kampf

<p style="text-align: center;">Säule 1</p> <p style="text-align: center;">Entwicklung integrierter lokaler Strategien</p>	<p style="text-align: center;">Säule 2</p> <p style="text-align: center;">Modellprojekte: Jugend, Bildung und Beratung</p>	<p style="text-align: center;">Säule 3</p> <p style="text-align: center;">Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation, Forschung</p>
<p>sie fort unter Beteiligung der lokalen zivilgesellschaftlichen Akteure.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zur Erstellung und Begleitung der Lokalen Aktionspläne werden den Kommunen /Landkreisen/Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften Beratungsangebote zur Verfügung gestellt. • Die Auswahl der Kommunen /Landkreise/Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften erfolgt über ein noch abzustimmendes Auswahlverfahren. Die Länder und die kommunalen Spitzenverbände der Länder werden in die Auswahl einbezogen. • Die Umsetzung erfolgt schwerpunktmäßig in Ostdeutschland; allerdings sollen auch Regionen aus den Alten Bundesländern einbezogen werden. • Die Verwaltung der Mittel durch von den Kommunen/Landkreisen/Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften ernannte lokale Koordinierungsstellen. Die lokale Koordinierungsstelle kann in der Kommune/dem Landkreis/dem Zusammenschluss von Gebietskörperschaften selbst angesiedelt sein oder eine von der Kommune/dem Landkreis/dem Zusammenschluss von Gebietskörperschaften beauftragte externe Stelle sein. • Mit Hilfe der zugewiesenen Mittel werden im Fördergebiet Einzelprojekte zur Umsetzung des lokalen Aktionsplans mit bis zu 20.000 € unterstützt. Die Einzelprojekte müssen nicht 	<p>immer weniger Überlebende der NS-Verbrechen und andere Zeitzeugen. Gleichzeitig wächst die Distanz der heutigen Generation zu dieser Epoche. Hinzu kommt, dass wir in einer zunehmend visuell geprägten Kultur leben und dass für viele Jugendliche andere als textorientierte Vermittlungsformen von wachsender Bedeutung sind. Vor diesem Hintergrund sind alternative pädagogische Konzepte gefragt, die geeignet sind, die Erinnerung an diese Zeit und die damals verübten Verbrechen wach zu halten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Antisemitismus bei jugendlichen Migrant/innen</i> <p>Vor dem Hintergrund des eskalierenden Nahostkonflikts und nach den Attentaten des 11. September sind antisemitische Tendenzen auch bei Migrant/innen verstärkt ins Blickfeld geraten. Angesichts dieser Entwicklungen sind zum einen neue konzeptionelle Zugänge zu entwickeln und zu erproben, die den spezifischen Erfahrungen, historischen Bezügen und ideologischen Orientierungen junger und insbesondere muslimischer Migrant/innen Rechnung tragen. Um Wissen und Strategien zum Umgang mit diesen Erscheinungsformen in der pädagogischen Fachwelt zu fördern, gilt es außerdem die Vernetzung, den Austausch und die Weiterbildung von Praktikern in diesem Themenfeld zu fördern.</p>	<p>gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus kontinuierlich zu begleiten, Impulse zu setzen und für eine Beteiligung an lokalen Aktionsplänen zu werben. Bestehende Gremien auf Bundesebene werden berücksichtigt.</p> <p><u>Evaluation:</u></p> <p>Das Programm soll sowohl auf der Metaebene als auch in den Einzelmaßnahmen evaluiert werden. Dazu wird ein gesondertes Konzept erarbeitet.</p> <p><u>Forschung:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Wie oben ausgeführt, sollen einzelne Bereiche identifiziert werden, in denen dringender Forschungsbedarf besteht, der für die erfolgreiche Programmumsetzung unabdingbar ist. Auch hier sollen Synergieeffekte in der Bundesregierung genutzt werden. • Die Auswahl der Forschungsbereiche soll nach Beratung mit dem geplanten Programmbeirat erfolgen.

<p style="text-align: center;">Säule 1</p> <p style="text-align: center;">Entwicklung integrierter lokaler Strategien</p>	<p style="text-align: center;">Säule 2</p> <p style="text-align: center;">Modellprojekte: Jugend, Bildung und Beratung</p>	<p style="text-align: center;">Säule 3</p> <p style="text-align: center;">Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation, Forschung</p>
<p>kofinanziert werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Entscheidung über die Projekte trifft ein lokaler Begleitausschuss, der mit lokalen Handlungsträgern aus der Mitte der Zivilgesellschaft besetzt werden soll. • Die lokalen Aktionspläne werden evaluiert. 	<p><u>2. Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen</u></p> <p>Die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen gehört nach wie vor zu den dringlichen Herausforderungen im Bereich der Prävention/Intervention gegen Rechtsextremismus. Die bisher in der Praxis angewandten Arbeitsansätze stoßen regelmäßig auf erhebliche Schwierigkeiten. Um die vorliegenden Ansätze weiter zu entwickeln, erscheinen verschiedene Förderschwerpunkte sinnvoll:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Geschlechtsspezifische Arbeit mit männlichen Jugendlichen</i> <p>Bislang wurde kaum versucht, einseitige und verfestigte Geschlechterrollenkonzepte bei jungen Rechtsextremisten im Rahmen pädagogischer Arbeit wirkungsvoll in Frage zu stellen – obwohl bekannt ist, dass solch eine Flexibilisierung häufig mit einer Distanzierung von rechtsextremen Orientierungs- und Handlungsweisen einhergeht.</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen</i> <p>Rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche sind zunehmend schwer mit rein pädagogisch-bildungsorientierten Maßnahmen erreichbar. Deshalb sollten Bildungsangebote stärker in für Jugendliche lebensweltlich attraktive Freizeit- und Qualifizierungsangebote integriert werden.</p>	

Säule 1 Entwicklung integrierter lokaler Strategien	Säule 2 Modellprojekte: Jugend, Bildung und Beratung	Säule 3 Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation, Forschung
	<ul style="list-style-type: none"><li data-bbox="862 331 1442 622">• <i>Qualifizierte Elternarbeit</i> Möglichkeiten, die Eltern rechtsextremistisch gefährdeter Jugendlicher in die präventive Arbeit einzubinden, werden hierzulande nicht einmal ansatzweise ausgeschöpft. Um die Vernetzung und Aktivierung der Eltern zu entwickeln und zu fördern, bedarf es der qualifizierten Elternarbeit auf diesem Feld. <p data-bbox="862 687 1442 746"><u>3. Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft</u></p> <ul style="list-style-type: none"><li data-bbox="862 767 1442 1383">• <i>Interkulturelles und interreligiöses Lernen</i> Die deutsche Gesellschaft ist zunehmend durch eine multiethnische und –religiöse Zusammensetzung geprägt. Gleichzeitig bestehen in der einheimischen Bevölkerung teilweise Wissensdefizite in Bezug auf die unter Migrantengruppen vertretenen Religionen. Seit dem 11. September haben sich zudem Ängste vor „dem“ Islam sowie unterschiedliche Formen von Islamfeindlichkeit intensiviert. Gefordert sind pädagogische Bildungs- und Sensibilisierungskonzepte, die – z.B. durch die Integration interreligiöser Aspekte in Angebote interkulturellen und antirassistischen Lernens - den Blick auf die pluralisierten und komplexen Lebenswelten und Orientierungen von jungen Menschen in der Einwanderungsgesellschaft lenken, ohne den Stellenwert von Religion stigmatisierend und verzerrend	

Säule 1 Entwicklung integrierter lokaler Strategien	Säule 2 Modellprojekte: Jugend, Bildung und Beratung	Säule 3 Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation, Forschung
	<p>hervorzuheben.</p> <p>Zugleich sind bedarfs- und situationsgerechte Konzepte interkulturellen und Interreligiösen Lernens für Regionen zu erproben, die durch einen geringen Anteil von Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund gekennzeichnet sind und in denen Begegnungsmöglichkeiten demzufolge eingeschränkt sind.</p> <ul style="list-style-type: none">• <i>Umgang mit interethnischen Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft</i> <p>Mit der zunehmenden multiethnischen Zusammensetzung der deutschen Gesellschaft, der unterschiedlichen Aufenthaltsdauer und dem unterschiedlichen (aufenthaltsrechtlichen/sozialen) Status verschiedener Migrantengruppen sowie vor dem Hintergrund des eskalierenden Nahostkonflikt sowie weiterer ethno-politischer Konflikte in den Ursprungsländern kommt es verstärkt auch in Deutschland zu interethnischen Konflikten unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Angesichts dieser Entwicklungen sind Konzepte zu entwickeln oder ggf. Adaptionen bewährter gewaltpräventiver Ansätze vorzunehmen, die den Ursachen und Äußerungsformen dieser Konflikte Rechnung tragen.</p> <p>Übergreifend können zwei Anforderungen an die zu entwickelnden und erprobenden Konzepte formuliert werden:</p> <p>Angebote interkulturellen und interreligiösen Lernens sind so zu gestalten, dass Kulturalisie-</p>	

Säule 1 Entwicklung integrierter lokaler Strategien	Säule 2 Modellprojekte: Jugend, Bildung und Beratung	Säule 3 Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation, Forschung
	<p>rungen und die Verfestigung von Vorurteilen vermieden sowie interkulturelle Kontakte „auf gleicher Augenhöhe“ angeregt bzw. ihre Voraussetzungen reflektiert werden können.</p> <p>Im Hinblick auf die Konzipierung und Umsetzung von Präventions- und Bildungsangeboten für junge Menschen mit Migrationshintergrund erscheint es sinnvoll, Kooperationsbezüge mit demokratischen Verbänden und Glaubensgemeinschaften hier lebender Migrantinnen und Migranten zu entwickeln und zu stabilisieren.</p> <p><u>4. Früh ansetzende Prävention</u></p> <p>Es wird zunehmend gefordert, in der Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus früher als bisher, d.h. bereits im Kindesalter anzusetzen. Bereits in diesem Alter werden die Grundlagen für die spätere Entwicklung gelegt. Nach wie vor fehlt es allerdings an verlässlichen Erkenntnissen zu den Rahmenbedingungen, zur Umsetzung, zu den Potenzialen und Schwierigkeiten entsprechender Ansätze. Dies gilt insbesondere für die folgenden Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none">• <i>Historisches Lernen</i> Bei der Präventionsarbeit spielt das Vermitteln und Verstehen von historischen Kontexten eine entscheidende Rolle – wobei in der Einwanderungsgesellschaft nicht nur Aspekte der deutschen Geschichte relevant sind. Es gilt deswegen Konzepte und Methoden zu entwickeln, die historisches Ler-	

<p>Säule 1 Entwicklung integrierter lokaler Strategien</p>	<p>Säule 2 Modellprojekte: Jugend, Bildung und Beratung</p>	<p>Säule 3 Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation, Forschung</p>
	<p>nen – z.B. zum Nationalsozialismus und Holocaust, zum Nahostkonflikt, zur Geschichte der Kurden, zur deutschen Teilung und Wiedervereinigung - bereits für Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter kindgerecht vermitteln.</p> <ul style="list-style-type: none"> <p><i>Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen</i></p> <p>Die Fähigkeit eigene Interessen und Bedürfnisse zu erkennen und zum Ausdruck zu bringen und diese in der Interaktion mit anderen Menschen und deren Meinungen gleichberechtigt auszutauschen, hängt eng mit der Erfahrung selbst ernst genommen zu werden und Anerkennung zu erhalten zusammen. Das Gefühl der Zugehörigkeit und des Beteiligt seins sind grundlegende Bausteine einer gelingenden Persönlichkeitsentfaltung im Kindesalter und ein wichtiger Schutzfaktor. Pädagogische Konzepte die die Partizipation von Kindern fördern und stärken sind daher von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung demokratischer Denk- und Verhaltensmuster. In diesem Zusammenhang sind auch die Entscheidungsstrukturen der Betreuungs- bzw. Bildungseinrichtungen zu berücksichtigen.</p> <p><i>Entwicklung und Erprobung von spezifischen Aus- und Fortbildungskonzepten für Erzieherinnen und Erzieher, Grundschullehrerinnen und -lehrer</i></p> <p>Die Erfahrungen und Berichte aus der Pra-</p> 	

Säule 1 Entwicklung integrierter lokaler Strategien	Säule 2 Modellprojekte: Jugend, Bildung und Beratung	Säule 3 Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation, Forschung
	<p>xis der Kitas, Kindergärten und der Grundschule zeigen, dass es im Rahmen der Frühprävention spezifischer Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher und Grundschullehrerinnen und -lehrer bedarf. Bei der Aus- und Fortbildung geht es zum einen um die Wissensvermittlung, insbesondere betreffend Entstehungszusammenhänge von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und historische Zusammenhänge, und zum anderen um die Darstellung von Methoden und didaktischen Mitteln, wie dieses Wissen kindgerecht weitervermittelt werden kann. Daher gilt es, geeignete Aus- und Fortbildungskonzepte insbesondere in folgenden Bereichen zu entwickeln und zu erproben:</p> <ul style="list-style-type: none">○ Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus○ Historische Zusammenhänge der deutschen und internationalen Geschichte○ Didaktik und Methodik im Bereich historisches Lernen, biografisches Lernen und Partizipation. <p>Besondere Aufmerksamkeit sollte im gesamten Feld der früh ansetzenden Prävention der Einbindung der Familien von Kindergarten- und Grundschulkindern, der Kooperation mit ihnen und ihrer Unterstützung gelten.</p>	

5. Finanzierung

Kosten

Für den Haushalt 2007 ist ein Mittelvolumen in Höhe von 19 Mio. € geplant. Der Mittelansatz soll verstetigt werden.

Hinzu treten in Säule 2 einzuwerbende Kofinanzierungsmittel. Es werden zur Finanzierung der Projekte 1/3 der Projektkosten durch Bundesmittel getragen (max. 150.000 € pro Jahr). 2/3 der Kosten müssen kofinanziert werden. Dazu können Mittel der Kommunen, der Länder, Eigenmittel der Träger, Mittel anderer Bundesressorts, weitere Drittmittel (z.B. von Stiftungen) oder ESF-Mittel herangezogen werden. Um Schwierigkeiten bei der Anfangsfinanzierung entgegenzuwirken, besteht die Möglichkeit, dass der Bund zu Anfang eine 2/3 Finanzierung leistet und der Finanzierungsanteil des Bundes dann schrittweise abnimmt. Auch hierbei darf der Anteil des Bundes an der Finanzierung des Projekts bezogen auf die gesamte Projektlaufzeit aber nicht mehr als 1/3 betragen.

In Säule 1 wird ein Eigenanteil durch die Kommunen/Landkreise/Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in Form der Bereitstellung von Personal und Sachmitteln erbracht. Die Einzelprojekte müssen nicht kofinanziert werden.

6. Zeitplan

- Startphase (Vorbereitung, ggf. Infoveranstaltungen): Herbst 2006
- Erste Umsetzungsphase ab 01/2007 bis 12/2011
- Zum 1. Januar 2007 sollen erste Projekte starten.
- Auswertungsphase: permanent